

Haushaltsrede OB Norbert Zeidler – GR Sitzung am 17.11.2014 in Ringschnait

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste und Zuhörer,
liebe Räte aus Nah und Fern,

haben Sie schon einmal vom „**Juliusturm**“ gehört? Nein? Das ist nicht verwunderlich, denn so bezeichnet man eine übervolle Staatskasse. Und so etwas hat man schon seit Jahrzehnten über alle Staatsebenen hinweg nicht mehr gesehen. Es gibt übrigens auch einen historischen „Juliusturm“ mit einer eher unrühmlichen, aber spannenden Historie: So wird der 32 m hohe Wehrturm der Zitadelle Spandau in Berlin bezeichnet. Dieser heißt seit dem Besuch des Herzogs Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel so. Dieser Turm wurde vor über 140 Jahren in ganz Deutschland zum Begriff. Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870 – 1871 musste das geschlagene Frankreich 5 Mrd. Franc Kriegsschädigung an Deutschland zahlen.

Das war das Dreifache des damals in ganz Deutschland vorhandenen Bargelds. Ein Teil dieses Kriegsschatzes – 100 Mio. Mark in gemünztem Gold – war bis 1914 im Juliusturm eingelagert. So wurde der Turm zum Sinnbild einer vollen Staatskasse. Lang, lang ist das her. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist es nur einem einzigen Finanzminister gelungen, einen „Juliusturm“ zu ersparen: Unter der Regierung Konrad Adenauer schaffte es Fritz Schäffer, 8 Mio. D-Mark - nach heutigem Wert ca. 35 Mrd. € - auf die hohe Kante zu legen. Er konnte damit die 1955 neu gegründete Bundeswehr finanzieren. Er hätte damit aber auch eine Krise gegenfinanzieren können.

Um das Ganze auf Biberach herunter zu brechen, meine Damen und Herren: Nein, der Gigelturm wird nicht in „Rolandsturm“ umbenannt, es lagert auch kein Geld darin. Aber er wird 2015 saniert, um eine der vielen positiven Botschaften an dieser Stelle gleich los zu werden. Im übertragenen Sinne hat Biberach diesen „Juliusturm“ zum Glück noch und es ist, denke ich, unser aller Aufgabe, für die Zukunftsfähigkeit und Handlungsfähigkeit dieser Stadt genau an dieser Existenz auch zu arbeiten.

Es sei ein Blick hinaus erlaubt, genauer genommen nach Berlin. Denn bei der **Neuordnung der föderalen Finanzstrukturen** geht es um viel. Der Länderfinanzausgleich ist bis zum Jahr 2019 befristet. Der Solidarpakt II läuft zeitgleich aus, ebenso das Entflechtungsgesetz. Zusätzlich greifen ab 2020 die Schuldenbremsen bei Bund und Ländern in vollem Umfang. Die anstehenden Neuordnungen der Finanzbeziehungen könnten in ihren Auswirkungen mit der Finanzreform von 1969 vergleichbar sein, die für 50 Jahre die Grundzüge der Finanzverfassung geprägt hat.

Auch für die Kommunen geht es dabei um viel. Soll die Neuordnung über den Tag hinaus wirken, dann reicht es nicht, die Verteilung der Mittel den aktuellen politischen

Machtgefügen anzupassen. Die Frage lautet vielmehr: Auf welcher Ebene sind welche Bedarfe? Bund und Länder laufen hier immer Gefahr, nur ihre eigenen Belange zu sehen. Gerne wird vergessen, dass es die Städte sind, die das Fundament des Staates bilden. Die Neuordnung der Finanzordnung muss alle Kommunen in die Lage versetzen, diese Rolle auch auszufüllen. Denn erst die Städte vermitteln Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, sie stiften Identität, bieten soziale Bezugspunkte und Orientierung. Letztendlich machen sie den demokratischen Staat damit auch erfahrbar.

Deshalb kann es ohne Berücksichtigung der Interessen der Kommunen keine langfristig tragfähige Neuordnung der Finanzbeziehungen geben. Der Deutsche Städtetag – und das sage ich jetzt als Präsidiumsmitglied – legt vor diesem Hintergrund größten Wert darauf, dass die Kommunen, wie im Koalitionsvertrag zugesagt, in die Arbeit der noch zu gründenden **Kommission zu den föderalen Finanzbeziehungen** einbezogen werden.

Mit regionalen Unterschieden zeigen Schulen, Straßen und Sporthallen anschaulich, wie es um die Investitionsfähigkeit der Städte bestellt ist. Die Kommunalhaushalte im Allgemeinen, zum Glück noch nicht bei uns, haben sich von **Investitionshaushalten zu Sozialhaushalten** entwickelt. Bundesweit steigen die Sozialausgaben doppelt so stark wie die kommunalen Investitionen. In diesem Jahr werden bundesweit 47 Mrd. € Sozialausgaben erwartet, bis 2017 ein Anstieg auf mehr als 54 Mrd. €. Die Selbstverpflichtung der Koalition, die Kommunen um 5 Mrd. € im Jahr zu entlasten, muss noch in dieser Legislaturperiode in den kommunalen Haushalten wirksam werden. Aber auch das wird nicht reichen. Hinzu kommt eine schwächelnde Konjunktur, der unser Finanzminister mit einer 10 Mrd. Geldspritze, auch genannt kleines Konjunkturprogramm entgegenwirken will.

Die **Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern** in unserem Land ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, auch für den Bund und die Länder. Ich erachte es als dringend erforderlich, dass alle staatlichen Ebenen versuchen, gemeinsame Standards für die Betreuung zu definieren. Die Zahl der Schutzsuchenden ist inzwischen siebenmal so hoch wie vor fünf Jahren. Und ich denke, wir dürfen davon ausgehen, dass die Flüchtlinge lange bei uns bleiben werden. Und wir dürfen dabei nicht außer Acht lassen, dass es bei der Unterstützung der Flüchtlinge nicht nur um deren Unterbringung und Verpflegung geht. Viele der Schutzsuchenden sind traumatisiert, andere brauchen auch eine intensive medizinische Behandlung. Außerdem nimmt die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen stark zu. Auch das kann nicht nur Aufgabe der Kommunen sein, sondern wir brauchen hierzu ein gesamtstaatliches Konzept.

Meine Damen und Herren, dieser gesamtstaatliche Blick ist auch für die Haushaltsplanberatungen in Biberach hilfreich. Denn: vielen Verantwortlichen und Menschen in dieser Stadt ist nicht bewusst, in welcher sehr guten, geradezu privilegierten Situation wir teilweise sind. Als kleines Bonmot hierzu eine kleine Anekdote über ein Gespräch mit meinem georgischen Amtsbruder Platoni Kalmakhelidze –für mich **einer der Dialoge des Jahres 2014**. Das Gespräch war in englischer Sprache. Als Platon, wie ich ihn immer nenne, hier in Biberach zu Besuch war, erzählte ich ihm – ich war gerade auf

dem Sprung - , dass ich da und dort Schwierigkeiten und Probleme hätte, worauf er mir in seinem etwas sperrigen Englisch antwortete: **You have no problems and you not know that**, worauf ich ihm antwortete, **you have problems, but nobody expects to solve them...**

Nach dieser etwas weitläufigeren Sicht der Dinge kommen wir konkret zum Biberacher Haushalt 2015: Da viele von Ihnen quer durch alle Fraktionen mittlerweile auch einen etwas vertrauten Umgang mit mir pflegen, darf ich an dieser Stelle gerne preisgeben, dass ich von einigen der hier anwesenden Protagonisten gefragt worden bin, was man denn eigentlich noch an Anträgen stellen könne. Das werte ich als Kompliment für die gemeinsame Arbeit. Ich glaube, mit Blick auf die vergangenen beiden Jahre dürfen wir uns gegenseitig attestieren, dass viel auf den Weg gebracht wurde, Handbremsen gelöst werden konnten und die „**Zukunftsstadt Biberach**“ auf einem guten Wege ist. Dies übrigens nicht nur in der Retroperspektive, auch in der Zukunftsperspektive!

Planen und Bauen

Kaum ein anderes Thema bewegt die Menschen im Zusammenhang mit ihrer Stadt derzeit, wie die künftige städtebauliche Entwicklung, aber auch die aktuelle Diskussion um Baukosten in der Stadt. Wir dürfen feststellen: Der **Bauboom in Biberach** ist ungebrochen. Private Investitionen in neue Wohn- und Dienstleistungsprojekte, öffentliche Investitionen im Tief- und Hochbau – selten gab es eine Phase in der Stadt, in der so viel zeitgleich angestoßen wurde. Unsere städtischen Vorhaben werden uns weiterhin mit Blick auf Projektausgestaltung und –kosten beschäftigen und Debatten auslösen. Ich bitte Sie alle, sich für 2015 einen respektablen Spaten zu beschaffen, denn **2015 wird das große Spatenstichjahr**. Gestochen soll werden an nahezu allen Ecken und Ortsteilen dieser Stadt. Um es kurz zusammenzufassen: Jugendhaus, Feuerwehr, Kindergarten Rißegg, Turnhalle Mettenberg, Aussegnungshalle Ringschnait, Kindergarten Talfeld, im Bereich der Innenstadt Schadenhof-Bürgerturmstraße, der Landkreis wird wohl seine Klinik an den Start bringen, der Rote Bau geht seiner Vollendung entgegen, und auch die Investitionen rund um den Hospital sind hoffentlich bald abgeschlossen. In der derzeitigen Hochpreisphase verhalten wir uns leider nicht antizyklisch. Jedoch darf auch attestiert werden, dass mit diesen Baumaßnahmen ein sich über mehrere Jahre und Jahrzehnte aufgestauter „Investitionsstau“ langsam zu lösen beginnt.

Ich glaube, in dieser Boomphase tut es uns sehr gut, im kommenden Jahr etwas Luft zu holen, in eine kreative Phase zu gehen und uns zu sammeln. Wenn du zu viel gleichzeitig willst, passieren Fehler, die dann auch, wie in Biberach aktuell, zwischen Gemeinderat, Bauverwaltung, Architekten und Stadtspitze hin- und hergeschoben werden.

Dass man etwas bewegen will, das ist verständlich: Neuer Gemeinderat, neuer OB, eine gute Finanzsituation der Stadt. Dabei hat, auch was die **Zukunftsplanung angeht**, **leider alles gleichzeitig Vorfahrt**. Und das ist genau der Punkt, an dem wir ansetzen

sollten. Der Begriff der Priorität ist in den letzten Jahren in einer Weise verwendet worden, die den der deutschen Sprache mächtigen Menschen nicht in den Zustand des ungetrübten Entzückens versetzen kann. Die **Politik hat nämlich die Priorität ohne die Posteriorität erfunden**; eine sehr bequeme Erfindung für praktisches Verhalten, aber höchst ungünstig, denn es gibt keinen Vorrang ohne Nachrang.

Einen Vorschlag, wie wir den Investitionsstau entzerren könnten, haben wir Ihnen mit E-Mail vom 7. November 2014 weitergeleitet. Wir sollten diese Vorschläge offen miteinander diskutieren. Bitte verstehen Sie diesen Vorschlag unseres Baudezernats als eine Diskussionsgrundlage, am besten zu diskutieren im Rahmen einer Klausur, wenn Zahlenwerke und vor allem Kostenprognosen stehen.

Neben den sehr populären Hochbauakzenten und den vielen Straßenbaumaßnahmen sollten wir vor allem eine Pflichtaufgabe sehr stark in den Fokus nehmen: Den **Hochwasserschutz**. Wir müssen die Planungen und die Grundstücksverhandlungen hierzu in Ringschnait, in Stafflangen und auch am Wolfentalbach forcieren – wir wurden anno 2014 in Ringschnait mehr als gewarnt – wir haben also auch gute Gründe zulässige, aber ungeliebte Daumenschrauben zu bemühen. Das Thema hat mittlerweile auch eine wirtschaftspolitische Dimension: **Mit Inkrafttreten des neuen Wasserhaushaltsgesetzes sind Neubauten unserer Unternehmen im Rißtal schlicht nicht mehr genehmigungsfähig.**

Wirtschaft

Dass in dieser Stadt sehr viel investiert werden kann, ist insbesondere dem wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen zu verdanken. Insofern sind wir alle gehalten, die Wohltaten und Segnungen, die wir nicht unbedingt durch eigenes Tun wieder weitergeben können, auch für die Zukunft zu sichern, sprich: unseren Unternehmen Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, die sie an den Standort Biberach binden.

Zwei Schwerpunktthemen werden uns hierbei durch das kommende Jahr begleiten: Zum einen das **Technologiezentrum des Schwabenbundes**: Sie alle wissen um die Chance, an exorbitant hohe Fördermittel zu kommen. Die Stadt wird für dieses 10 Mio. €-Projekt insgesamt 1,45 Mio. € zur Verfügung stellen. Biberach hat bereits in der Vergangenheit gezeigt, was es auf diesem Sektor kann, und ich bin Ihnen allen sehr dankbar, dass Sie bereit sind, in diesem Bereich einhellig und einstimmig ins Obligo zu gehen. Wir sind uns einig, dass ein Gründerzentrum in enger Kooperation mit den hiesigen Firmen und natürlich der Biberacher Hochschule rund um die EFRE-Mittel der Stadt, aber insbesondere auch der Region sehr gut tun würde.

Perspektivisch noch wichtiger halte ich die **Weiterentwicklung des IGI Rißtal** mit den Gemeinden Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen. Die Gespräche hierzu verlaufen auf Augenhöhe, sehr gut, uneitel und zielorientiert. Wir wollen bald den Zweckverband, zumindest in Gründung, aus der Taufe heben. Parallel sollen die Planungen forciert werden, d. h., das Zielabweichungsverfahren soll angesteuert werden,

und das Regierungspräsidium hat sich bereit erklärt, die Federführung in dieser Sache zu übernehmen. Insofern hat man auch an höherer Stelle erkannt, wie wichtig dieses regional-bedeutsame Projekt für Biberach und die gesamte Region ist.

Einen weichen Aspekt lässt man bei der Wirtschaftsförderung gerne aus: Die **Förderung der Familienfreundlichkeit** wird ein nachhaltig-maßgebender Faktor zur Gewinnung von Fachkräften, auch und gerade im ländlichen Raum, sein.

Familienfreundlichkeit, Soziales

Ich bin Ihnen daher dankbar, dass für viele von Ihnen das **Thema „Wirtschaft und Familie“** zunehmend Hand in Hand geht. Ich glaube, wir haben in Biberach im letzten Jahr hier enorm viel getan: Gebührenstrukturen, Schulsozialarbeit, Förderung der Tagesmütter, Förderung der Schulkinder, Erhöhung von Betreuungsquoten, Stärkung unserer Freizeitangebote und, und, und... Auch das Mensaessen – auch wenn das ein leidiges Thema ist – ist zumindest angegangen worden, ein Stadtpass vom Grundsatz her auf den Weg gebracht.

Die **Nichtexistenz der Kindergartenbedarfsplanung** empfinde ich nach wie vor wie Sie alle als unbefriedigend, aber wir stehen kurz vor der Präsentation des Werkes, insofern ist zumindest die Aussicht eine gute. Selber möchte ich Ihnen empfehlen, insbesondere den katholischen Kindergarten St. Ulrika Nisch und den evangelischen Kindergarten Braithweg im Zuge dieser anstehenden Beratungen und Begutachtungen mit einer gewissen Priorität zu versehen. Hier haben wir, auch im Vergleich zu den anderen Kindergärten in der Stadt, eine extreme Schräglage.

Derweil ist auch das Großthema **„Weiterentwicklung der Biberacher Grundschulen und der Pflugschule“** auch Gelegenheit, um zur Entzerrung auf der Zeitschiene und Entschleunigung beizutragen.

Nachhaltigkeit

Wir haben insbesondere auf diesem Gebiet im vergangenen Jahr einiges – eher im Verborgenen, weil viel Kleinarbeit – zustande gebracht, was aber auch den gesellschaftlichen Konsens in der wichtigen Zukunftsfrage der Nachhaltigkeit quer durch alle Gruppierungen dieses Gremiums darstellt. Unsere Stadt ist mittlerweile Energy Award-zertifiziert – und das mit einem sehr guten Einstiegsergebnis. Die Bürgerenergiegenossenschaft wurde am 5. November diesen Jahres gegründet. Am gleichen Tag durfte ich einen E-Smart als Dienstfahrzeug den kommunalen Mitarbeitern übergeben. Die 100 %-ige Ökostrom-Ausschreibung für die städtischen Gebäude ging ja bekannterweise leider nicht an die e.wa riss, aber ist auch ein deutliches Nachhaltigkeitssignal.

Insbesondere das Baugebiet Hochvogelstraße soll zu einem Vorzeigeprojekt werden und das gleich doppelt: in Sachen „preisgünstiges Bauen“ und „Nahwärmeversorgung“, die ja zentral über eine Sole-Wasser-Wärmepumpe erfolgen soll.

Zum EEA: Bei der Stärken-/Schwächenanalyse wird erkennbar, dass wir in den Handlungsfeldern Mobilität, Interne Organisation und Kommunikation/Kooperation schon sehr gut (goldverdächtig) aufgestellt sind. Schwächen haben wir insbesondere in den Handlungsfeldern Entwicklungsplanung/Raumordnung und Versorgung/Entsorgung. In diesen beiden Handlungsfeldern müssen wir uns für die nächste Zertifizierung in 3 Jahren deutlich verbessern, wenn wir die anzustrebende Zertifizierung in Gold erreichen wollen.

Konkret wird das z. B. an den Maßnahmen „Erstellung eines Klimaschutzkonzepts“, das neben dem Thema Verkehr in die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes eingearbeitet werden soll. „Grüne Stadtwerke“ sind der Oberbegriff für die Neuausrichtung der e.wa riss, die im Gange ist und durch den neuen Gesellschaftervertrag erleichtert wird.

Auch die durch die Initiative der **e.wa riss gegründete Bürgerenergiegenossenschaft** ist eine Maßnahme des EEAs. Trotz inzwischen ungünstiger gesetzlicher Rahmenbedingungen haben 96 Personen die Genossenschaft gegründet und mit 714 Anteilen je 100 Euro gezeichnet. Das zeigt das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende. Die Stadt begrüßt diese Gründung sehr und wird die Aktivitäten bspw. durch kostenlose Überlassung von Dachflächen für Fotovoltaikanlagen unterstützen.

Ein mögliches Projekt für die Bürgerenergiegenossenschaft könnte auch der Bau einer Windkraftanlage sein. Es ist zu hoffen, dass der Regionalplanung im nächsten Jahr endlich die Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie gelingt und die beiden Vorrangflächen im Raum Bergerhausen/Winterreute und Ummendorf/ Ringschnait dann noch Bestand haben werden.

Kultur + Miteinander

Im Netzwerk der städtischen Kultureinrichtungen, der bürgerschaftlich getragenen Kulturvereine und den zahlreichen einzelnen künstlerisch-kulturellen Akteuren konnten in den zentralen Arbeitsgebieten kulturelles Erbe, kulturelle Bildung und interkulturelle Arbeit über 300.000 Besucher/innen begeistert werden. Das Jahresthema für 2014 war in diesem Jahr der Erinnerungskultur gewidmet – unter dem Motto „1914-2014: Vom Krieg zum Frieden.“ Ende April habe ich eine Gedenktafel am sogenannten „Russenfriedhof“ enthüllt, welche die Aufnahme Biberachs als Denkort längs der oberschwäbischen Erinnerungswege ausweist, die vom Denkstättenkuratorium „NS-Dokumentation Oberschwaben“ betreut werden.

Selbstverständlich wird es auch im nächsten Jahr wieder ein Jahresleitthema der Kultureinrichtungen geben - nämlich „Freiheit“. Ausgangspunkt hierfür war 25 Jahre deutsch-deutsche Wiedervereinigung.

Über die Sonderveranstaltungen des Kulturamts wurden Sie erst kürzlich in einer separaten Vorlage informiert. Gerne erinnere ich nochmals an den neuen Jugendkultur-

Akzent mit dem „danceprix“, den es auch nächstes Jahr wieder geben wird, ergänzt durch einen weiteren neuen jugendkulturellen Preis zur Volxmusik (mit x geschrieben!). Im Sommer nächsten Jahres wird auch wieder ein Marktplatz Open-Air veranstaltet.

Eine organisatorische Neuerung brachte für das Kulturamt die Eingliederung der vormaligen Stabstelle „Tourismus und Stadtmarketing“ als neues Sachgebiet. Innerhalb des Stadtmarketings war der Markenbildungsprozess das zentrale Thema, der uns 2015 weiter beschäftigen wird. Anfang nächsten Jahres werden wir Ihnen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und der zugeschalteten Agenturen vorstellen.

Innerhalb des **Tourismus** zeigt der Zahlentrend erfreulich nach oben, so haben wir die Anzahl der Übernachtungen im Jahr 2013 auf fast 127.000 gesteigert (2012 waren es noch 122.000). Diese Zahl zeigt, dass es verkehrt ist, dem Tourismus ein Mauerblümchen Dasein zuzuweisen. Alleine die dahinter stehende Wirtschaftskraft ist immens. So hat das deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für den Fremdenverkehr nachgewiesen, dass ein Hotelgast durchschnittlich rd. 128 € in der Stadt lässt, in der er übernachtet. Wenn Sie nun diese 128 € mit 127.000 Übernachtungen multiplizieren, kommen Sie auf die stolze Summe von über 16,2 Mio. Euro!

Auch inhaltlich **hochwertige Stadtführungen** tragen zu dieser erfreulichen Entwicklung bei, wie ausgeführt ca. 1 000 Menschen nehmen monatlich unsere Stadt via Stadtführung unter die Lupe.

Da im weitesten Sinne zur Kultur und dem kulturellen Leben in einer Stadt natürlich auch das Ausgehverhalten, auch das der jüngeren Menschen, gehört, sei an dieser Stelle dargestellt, dass wir durchaus bemüht sind, auch diese Situation in Biberach zu verbessern. Von den jungen Biberachern wird immer wieder bemängelt, dass es keine Diskotheken gebe. Insbesondere die Lärmproblematik will in diesem Zusammenhang auch rechtssicher beherrscht werden, denn es ist mit einer Reihe von Einsprüchen, auch von Nachbarn, zu rechnen, die mit einer derartigen Einrichtung beglückt werden. Das heißt, im Vorfeld muss für jede Fläche ein belastbares Gutachten nachweisen, dass eine Diskothek am gewünschten Ort zumutbar ist. Die Stadtverwaltung könnte sich dies insbesondere an einem Standort vorstellen, der derzeit noch als kommunale Fläche eher brach liegt. Bei der Bewertung zahlreicher hierfür grundsätzlich in Betracht kommender Grundstücke hat sich das Freibadgrundstück als das am besten geeignetste herauskristallisiert: In fußläufiger Entfernung zur Innenstadt und an der Memminger Straße gelegen ist hier auch die Lärmproblematik beherrschbar. Allerdings müssen auch an dieser Stelle die städtebaulichen Rahmenbedingungen zunächst durch Bebauungsplanänderung geschaffen werden. In einem weiteren Schritt könnte sich ein öffentlicher Wettbewerb (Markterkundungsverfahren) anschließen mit Kriterien, die noch festzulegen wären.

Einladende Zukunftsstadt

Das, was eine Stadt anziehend macht, ist neben der ihr eigenen Identität, ihrer besonderen Geschichte und Gestalt, das Leben in dieser Stadt. Gemeint ist die Lebendigkeit, ein ausgeprägtes Spannungsfeld, das in einer Stadt spürbar, sichtbar und erlebbar sein muss und das Kosmopolitische. Menschen, die ihre Heimat lieben, sich in ihr engagieren und einbringen, im Ehrenamt Vorbild geben – diesen bürgerschaftlichen Schatz hat man in BC und vor allem seinen Ortschaften von jeher gepflegt, unterstützt und ausgebaut – mit der Ausweisung der Stelle eines Ehrenamtsbeauftragten in meinem direkten Umfeld möchten wir diese Stärke der Stadt weiter entwickeln.

Eine erfolgreiche und anziehende Stadt von morgen ist international orientiert, zugleich rückverankert in der eigenen Identität. Biberach hat viele identitätsstiftende Merkmale. Diese gilt es zu profilieren und als Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln – und das ist mehr als „Marke“. Eine große Chance besteht des weiteren darin, dass wir in unserer Stadt mit mittlerweile zwei hochinnovativen Hochschulen zusammenarbeiten können. All das, was in unserer Stadt geschieht, geschieht dadurch auch auf dem Campus. Wir haben keinen einzelnen Campus, unsere Stadt ist der Campus. Und deshalb glaube ich, wird künftig eine der großen Herausforderungen sein, Biberach gemeinsam mit unseren „global playern“, unseren Bürgern, unseren ehrenamtlich tätigen Menschen, aber auch unseren Hochschulen weiter zu entwickeln.

Damit dies gelingt, müssen wir gemeinsam jetzt die Wurzeln legen, nicht nur in Zwölfmonatszeiträumen zu denken, sondern langfristig und generationsübergreifend.

Gemeinsam mit Ihnen freue ich mich auf eine konstruktive Debatte zum Haushalt 2015. Ich bin mir sicher, dass wir in unserer politischen Verantwortung für uns alle für die, die hier schon länger leben, und die, die nur vorübergehend oder neu hier leben, ein Stück Zuhause schaffen und Vertrauen gründen können.